

Änderungsantrag 7

Pedro Marques, Agnes Jongerius, Lina Gálvez Muñoz
im Namen der S&D-Fraktion

Bericht**A9-0050/2024****Dragoş Pîslaru**

Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2024
(2023/2116(INI))

Entschließungsantrag**Ziffer 1 a (neu)***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

1a. ist überzeugt, dass ein Steuerungsrahmen für eine stärkere soziale Marktwirtschaft in der EU in einer Reform verankert werden sollte, bei der die Europäische Säule sozialer Rechte und ein Protokoll über den sozialen Fortschritt in die Verträge aufgenommen werden, damit die sozialen Rechte im Binnenmarkt das gleiche Schutzniveau erhalten wie die wirtschaftlichen Freiheiten, sodass soziale und ökologische Gerechtigkeit erreicht werden kann; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Grundlagen für die Entwicklung ökologischer Sozialschutzsysteme auf nationaler Ebene mit finanzieller Unterstützung durch die EU zu schaffen, die soziale Resilienz gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung zu stärken und diejenigen zu schützen, die vom ökologischen Wandel und den damit verbundenen Maßnahmen am stärksten betroffen sind, unter anderem durch

a) soziale Absicherung im Krankheitsfall für Personen, die von Ereignissen im Zusammenhang mit dem Klimawandel betroffen sind;

b) Schutz bei Arbeitslosigkeit, ergänzt durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Arbeitnehmer, die

Arbeitszeiten oder ihren Arbeitsplatz aufgrund extremer Klimabedingungen oder damit zusammenhängender Ereignisse verlieren oder die infolge der Schließung CO₂-intensiver Industriezweige entlassen werden;

c) staatliche Beschäftigungsprogramme, in deren Rahmen Unterstützung durch Geld- oder Sachleistungen bereitgestellt und zur Wiederherstellung von Vermögenswerten und Infrastruktur beigetragen wird, während gleichzeitig die Kompetenzen und die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern verbessert werden;

d) Sozialhilfeleistungen für Personen, die von Klimaschocks betroffen sind, mit denen ihr Einkommen und ihre Ernährungssicherheit unterstützt werden;

e) Beschäftigungsprogramme, mit denen neue Möglichkeiten für Gemeinschaften geschaffen werden, die ihren Lebensunterhalt aufgrund von Umweltschutzmaßnahmen nicht mehr durch ihre bisherigen Tätigkeiten bestreiten können;

Or. en

Änderungsantrag 8

Pedro Marques, Agnes Jongerius, Lina Gálvez Muñoz

im Namen der S&D-Fraktion

Bericht

A9-0050/2024

Dragoș Pîslaru

Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2024
(2023/2116)

Entschließungsantrag

Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1b. betont, dass die Wohnungskrise den sozialen Zusammenhalt in der EU gefährdet, Obdachlosigkeit und Armut verschärft und das Vertrauen in die Demokratie untergräbt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass das Recht auf angemessenen Wohnraum und dessen schrittweise Verwirklichung anerkannt und durch geltende europäische und nationale Rechtsvorschriften als grundlegendes Menschenrecht durchsetzbar werden; fordert, dass nicht nur der soziale Wohnungsbau, sondern der gesamte Wohnungssektor als eine Sozialdienstleistung von allgemeinem Interesse aufgenommen wird, da dies unbedingt erforderlich ist, um das Recht auf erschwinglichen und angemessenen Wohnraum für alle sicherzustellen; fordert die Kommission auf, die Vorschriften der EU über staatliche Beihilfen zu überarbeiten, um die Zielgruppe für erschwinglichen Wohnraum zu erweitern und so ein angemessenes Angebot an erschwinglichem Wohnraum für alle sicherzustellen, und die folgenden Maßnahmen zu ergreifen: Verhinderung jeglicher Privatisierung von öffentlichem oder sozialem Wohnraum, durch die die

Fähigkeit des Staates, das Recht auf angemessenen Wohnraum sicherzustellen, eingeschränkt würde, und Aufrechterhaltung eines Rechtsrahmens für Mietwohnungen, mit dem die Sicherheit von Mietverhältnissen und erschwinglicher Wohnraum für Mieter erreicht werden, unter anderem durch Mietobergrenzen und -kontrollen sowie Mietpreisbindung, wo dies erforderlich ist; betont, dass die EU und die Mitgliedstaaten dafür sorgen sollten, dass ausreichende, angemessene und erschwingliche Sozialwohnungen bereitgestellt werden, um den Wohnungsbedarf der drei unteren Quintile der Gesellschaft zu decken und die Überlastung durch Wohnkosten, mit denen diese Gruppen konfrontiert sind, bis 2030 um die Hälfte zu verringern, und dass sie einen Standard festlegen sollten, wonach es sich bei mindestens 30 % aller neuen Häuser um erschwinglichen Wohnraum für die Gruppe mit niedrigem Einkommen und bei mindestens 30 % um erschwinglichen Wohnraum für die Gruppe mit mittlerem Einkommen handeln muss; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den ökologischen sozialen Wohnungsbau in ihre Pläne für Investitionen in den Wohnraum aufzunehmen, einschließlich Nachhaltigkeitskriterien für Sozialwohnungen, ebenso wie andere Aspekte wie die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen, den Zugang zu Freizeiteinrichtungen, Gemeinschaftszentren, Parks und Grünflächen, insbesondere in den am stärksten benachteiligten Gebieten, um die Lebensbedingungen der Anwohner zu verbessern;

Or. en

6.3.2024

A9-0050/9

Änderungsantrag 9

Pedro Marques, Agnes Jongerius, Lina Gálvez Muñoz

im Namen der S&D-Fraktion

Bericht

A9-0050/2024

Dragoş Pîslaru

Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2024
(2023/2116)

Entschließungsantrag

Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

7a. fordert die Kommission auf, durch eine Überarbeitung der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe^{1a} für hochwertige Arbeitsplätze und faire Arbeitsbedingungen zu sorgen, die Sozialklausel weiter zu stärken und Sozialauflagen und Anforderungen an die Gleichstellung der Geschlechter für europäische Fonds und staatliche Beihilfen einzuführen, um hochwertige Arbeitsplätze und Tarifverhandlungen sicherzustellen; ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten mit dieser Überarbeitung dabei unterstützt werden sollten, das in der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne festgelegte Ziel einer tarifvertraglichen Abdeckungsquote von 80 % zu erreichen; fordert die Kommission darüber hinaus auf, eine Richtlinie über die Antizipation und Bewältigung des Wandels vorzulegen, um auf der Grundlage von Tarifverhandlungen und sozialem Dialog für gerechte Übergänge zu sorgen, und die Herausforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt anzugehen, insbesondere durch den Grundsatz der Kontrolle durch den Menschen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) in der Arbeitswelt, mit dem das algorithmische Management in

allen Bereichen geregelt wird, sowie durch eine bessere Unterstützung für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben durch Legislativvorschläge zu KI am Arbeitsplatz, zur Telearbeit und zum Recht auf Nichterreichbarkeit; weist die Kommission und die Mitgliedstaaten warnend darauf hin, dass die Sicherheit und der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz verbessert werden müssen, insbesondere im Hinblick auf das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit am Arbeitsplatz, und zwar mit einer Richtlinie über psychosoziale Risiken und einer Initiative zur Verringerung der Arbeitszeit im Hinblick auf eine bessere Qualität des Arbeitslebens;

^{1a} Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe, ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65.

Or. en

6.3.2024

A9-0050/10

Änderungsantrag 10

Pedro Marques, Agnes Jongerius, Lina Gálvez Muñoz, Aurore Lalucq
im Namen der S&D-Fraktion

Bericht

A9-0050/2024

Dragoş Pîslaru

Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2024
(2023/2116)

Entschließungsantrag

Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

8a. ist der Ansicht, dass durch die Besteuerungsstruktur in der EU Arbeit derzeit wesentlich stärker belastet wird als Kapital, was zu erheblichen Einkommens- und Wohlstandsungleichheiten in der gesamten Union beiträgt; fordert die Annahme eines allgemeinen und dauerhaften EU-Rahmens für die Besteuerung von Zufallsgewinnen in allen Bereichen; betont, dass die erzielten Einnahmen dem Gemeinwohl, der wirtschaftlichen Entwicklung oder anderen sozial vorteilhaften Initiativen zugewiesen werden sollten; fordert, dass andere progressive Formen der Besteuerung eingeführt werden, um gegen Ungleichheiten vorzugehen und die soziale, wirtschaftliche, ökologische und steuerliche Gerechtigkeit zu fördern; fordert die Kommission auf, einen Vorschlag für neue Eigenmittel vorzulegen, der sich unter anderem auf die Einnahmen aus einer gemeinsamen EU-Vermögenssteuer für Superreiche und eine Mindestkapitalertragsteuer in der EU stützt, um Ungleichheiten zu verringern, den ökologischen und digitalen Wandel zu finanzieren sowie einen nachhaltigen und gemeinsamen Wohlstand in der EU sicherzustellen;

Or. en

6.3.2024

A9-0050/11

Änderungsantrag 11

Pedro Marques, Agnes Jongerius, Lina Gálvez Muñoz

im Namen der S&D-Fraktion

Bericht

A9-0050/2024

Dragoş Pîslaru

Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Prioritäten für 2024 (2023/2116)

Entschließungsantrag

Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

9a. hebt hervor, dass Initiativen wie NextGenerationEU, das Europäische Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) und andere politische Maßnahmen das Wachstum und die wirtschaftliche Resilienz gesichert und die Ungleichheiten verringert haben; fordert, dass das Modell einer europäischen sozialen Marktwirtschaft durch einen Investitionsplan für den ökologischen und den digitalen Wandel gefördert wird, um neue hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, zugunsten der Menschen in eine ökologische und soziale Zukunft zu investieren; betont, dass es dauerhafter Investitionskapazitäten der EU bedarf, um die europäischen Bürger vor Sparmaßnahmen zu schützen und die Sozialsysteme und die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen zu stärken, und dass ein ambitionierter europäischer Haushalt, einschließlich eines ergänzenden Arbeitslosenrückversicherungsmechanismus, erforderlich ist, um die Mitgliedstaaten in Krisenfällen zu unterstützen und die Lebens- und

*Arbeitsbedingungen sowie die Kaufkraft
der Arbeitnehmer zu schützen;*

Or. en